

Bernhard Seliger

Die Lage nach den Wahlen in Südkorea

Die Parlamentswahlen in Südkorea waren eine wichtige Weichenstellung nach der ersten demokratischen Machtübernahme durch Präsident Kim Dae Jung während der Asienkrise 1997. Weder Regierung noch Opposition konnten eine Mehrheit erringen. Bei den Wirtschaftsreformen und bei dem historischen Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea kommt es jetzt darauf an, einen parteiübergreifenden Konsens zu erzielen.

Die 16. Wahl zum Parlament der Republik Korea (Südkorea) am 13. April 2000 ist in dreifacher Hinsicht bedeutend für die Zukunft Koreas: Zunächst markiert sie nach dem ersten demokratischen Sieg eines Oppositionskandidaten bei der Präsidentenwahl vor zwei Jahren, dem Sieg von Kim Dae Jung im Dezember 1997, einen weiteren Schritt bei der Festigung der Demokratie. Die zeitweise Lähmung des letzten Parlaments und die regelmäßigen „Schlammschlachten“ bei Wahlen zeigen, dass die demokratische Auseinandersetzung in Südkorea noch keinesfalls selbstverständlich ist.¹⁾ Zweitens war die Parlamentswahl eine Abstimmung über den Fortgang der Wirtschaftsreformen von Kim Dae Jung, mit denen die Asienkrise, die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1997, überwunden werden sollte.²⁾ Drittens eröffnen die kurz vor der Parlamentswahl bekannt gewordenen Gipfelgespräche zwischen Nord- und Südkorea, die vom 12. bis zum 14. Juni 2000 in Pyongyang, der Hauptstadt Nordkoreas, stattfinden sollen, neue Chancen für die seit Jahrzehnten geteilte koreanische Halbinsel. Südkorea rechnet sich Chancen aus, dass die von der Regierung initiierte „Sonnencheinpolitik“ mit einer versöhnlichen Haltung gegenüber dem Norden, verstärkten Wirtschaftskontakten und Hilfen für die völlig heruntergekommene Wirtschaft in Nordkorea irgendwann zu einer friedlichen Wiedervereinigung führt.

Um die Wirtschaftsreformen konsequent zu Ende führen zu können und um bei den Gesprächen mit dem Norden eine einheitliche politische Linie zu vertreten, hoffte der Präsident auf eine klare Mehr-

heit seiner Demokratischen Milleniumspartei im Parlament. Der Sieg der oppositionellen Hanara-Partei hat diese Hoffnung zunichte gemacht, eröffnet aber neue Möglichkeiten für einen Dialog der Parteien bei gleichzeitiger besserer Kontrolle der Regierungsarbeit. Im Folgenden wird zunächst die Ausgangslage der Wahlen skizziert. Im dritten Abschnitt erfolgen Erläuterungen zum Wahlkampf und den Parteien. Danach wird das Wahlergebnis analysiert. Ein Ausblick auf die Auswirkungen der Wahl und einige Schlussfolgerungen beenden den Artikel.

■ Die Ausgangslage: Wirtschaftskrise und Reform

Das überragende Thema für die Politik in Südkorea seit 1997 war die Asienkrise, die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise, die, ausgehend von Thailand, die meisten ostasiatischen Länder erfasste. Südkorea war mit am stärksten von der Krise betroffen: Nach einem Fall der Börsenkurse und einem panikartigen Abzug westlicher Investoren musste das Land die Bindung der koreanischen Währung Won an den Dollar aufgeben und – nachdem fast die gesamten Reserven an ausländischer Währung verbraucht waren – im November 1997 den Internationalen Währungsfonds um Beistand bitten. Der IWF knüpfte das bis dahin weltweit größte Hilfspaket in Höhe von 57 Milliarden Dollar an Bedingungen: eine umfassende Strukturreform der koreanischen Wirtschaft und insbesondere des Finanzsektors sowie staatliche Aussterilitätspolitik. Die Macht der Chaebol, der die Wirtschaft beherrschenden Konglomerate, und ihre undurchsichtige Finanzarchitektur mit Quersubventionierungen und häufiger direkter und indirekter Einflussnahme des Staates war einer der Gründe für die krisenhafte Entwicklung in Korea.³⁾

Während die koreanische Wirtschaft 1997 noch um mehr als fünf Prozent gewachsen war, betrug das Wachstum 1998 über minus fünf Prozent, ein Negativrekord der Nachkriegszeit. Das Pro-Kopf-Einkommen in Dollar sank von über 10 000 Dollar auf etwa 6 500 Dollar. Schmerzhafter noch war der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf etwa acht Prozent, besonders, da wegen des vorher existierenden Arbeitskräftemangels praktisch keine soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit bestand.

1) Ein Indiz dafür ist, dass laut einer Umfrage des Korean Information Service (KOIS) 49,1 Prozent der in Südkorea lebenden Ausländer die Demokratie für „noch nicht reif“ halten und 82,8 Prozent die Korruption im Land beklagen; vgl. *Korea Times*, 20.4.2000, S. 1. In einer Überschrift des *Korea Herald* vor der Wahl heißt es lakonisch: „Parties spend time mudslinging as policy debates all but vanish.“; vgl. *Korea Herald*, 6.4.2000, S. 1.

2) Für einen Überblick über das Reformprogramm der Regierung s. Seliger (1999a).

3) Vgl. ausführlich Seliger (1999b).

4) Die Neue Koreapartei wurde kurz vor den Wahlen in Große Nationalpartei umbenannt. Damit wollte sich Lee Hoi Chang vom regierenden Präsidenten Kim Young Sam absetzen, dem er Illoyalität vorwarf.

5) Für einen Überblick vgl. *Yonhap News Agency* (1998), S. 51-55.

In dieser Situation konnte der bisherige Oppositionsführer Kim Dae Jung vom Nationalen Kongress für neue Politik bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1997 einen knappen Erfolg gegenüber dem Kandidaten der bisher regierenden Neuen Koreapartei⁴⁾, Lee Hoi Chang, verbuchen. Kim Dae Jung, ein ehemaliger Oppositionspolitiker aus der Zeit der Diktatur in Korea (die bis 1987 dauerte), löste damit seinen Weggefährten aus Diktaturzeiten, aber späteren erbitterten Gegner, Kim Young Sam, ab. Allerdings hat der neue Präsident zunächst keine Parlamentsmehrheit: Seine Partei, der Nationale Kongress für neue Politik, ein Zusammenschluss verschiedener Parteien und Reformkräfte, konnte sich im Parlament nur dadurch eine Mehrheit verschaffen, dass sie Kandidaten der anderen Parteien für sich warben – häufig mit dem Versprechen der Einräumung von Einfluss – sowie eine Koalitionsregierung mit der ultrakonservativen Union der Liberalen Demokraten unter Kim Jong Pil eingehen, der Ministerpräsident unter Kim Dae Jung wird. Der Sieg von Kim Dae Jung bei den Präsidentschaftswahlen 1997 war der erste Sieg eines Oppositionskandidaten seit Ende der Militärdiktatur.⁵⁾

Kim Dae Jung versuchte seit seiner Wahl, mit einem Reformprogramm das Land aus der schweren Wirtschaftskrise zu führen. Zu diesem Reformprogramm gehörte die Reform des Privatsektors, des öffentlichen Sektors, des Finanzsektors, des Arbeitsmarktes sowie die Öffnung Südkoreas für ausländische Investoren. Die Reform des Privatsektors soll die Macht der Chaebol, der Konglomerate, beschneiden und zu mehr Transparenz und Wettbewerb auf den Märkten führen. Allerdings setzen die mächtigen Konglomerate diesen Bestrebungen teilweise erbitterten Widerstand entgegen. Die Reform des öffentlichen Sektors soll aus dem bisherigen bürokratischen Staat mit häufigen Interventionen eine Marktwirtschaft westlichen Musters machen. Die Reform des Finanzsektors ist nötig, um die vielen überschuldeten Banken und Finanzinstitute zu sanieren. Die Reform des Arbeitsmarktes zielt auf eine Zusammenarbeit der bisher teils radikalen Gewerkschaften mit dem Staat und den Arbeitgebern sowie eine damit einhergehende Flexibilisierung, die das Problem der Arbeitslosigkeit nach der Krise lösen soll.

Die Öffnung für ausländische Investoren war nicht nur eine Bedingung des IWF-Hilfsprogramms, sondern soll auch den Wettbewerb in Korea stärken, Managementwissen nach Korea transferieren und den dringend benötigten Devisenzufluss verstärken.

Das nach den Initialen Kim Dae Jungs Djnomics getaufte Reformprogramm wird im Großen und Ganzen ein Erfolg: 1999 wächst die koreanische Wirtschaft wieder um mehr als zehn Prozent, die Währung stabilisiert sich, die Arbeitslosigkeit sinkt auf 4,5 Prozent. Die Reform des Privatsektors und Finanzsektors bleibt allerdings bis zur Parlamentswahl ein unvollendetes Stückwerk. Zudem versucht die Regierung, als der Wahltermin im April 2000 näherrückt, mit Wahlgeschenken und Ausgabenprogrammen für sich zu werben und nimmt dabei ein wachsendes Defizit in Kauf.

■ Parteien und Wahlkampf

Südkorea ist eine Präsidialdemokratie und hat ein Einkammerparlament. Von den 273 Sitzen im Parlament (eine Verkleinerung gegenüber den 299 Sitzen im 15. Parlament) werden 227 direkt gewählt und 46 proportional zum Stimmanteil der verschiedenen Parteien vergeben. Von den gut 47,4 Millionen Südkoreanern sind 33,4 Millionen wahlberechtigt. 1176 Kandidaten bewarben sich als Kandidaten von sieben Parteien bzw. als Unabhängige um die 273 Sitze.

Die Partei der Regierung hieß ursprünglich Nationaler Kongress für Neue Politik und hatte zuletzt 98 Sitze (von 299). Zu den Unterstützern der Partei bei der letzten Präsidentschaftswahl gehörten viele Anhänger aus den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung, die wegen der Opposition zur Militärdiktatur eine wichtige Rolle spielte. Allerdings hat das wirtschaftlich eher liberale Programm von Kim Dae Jung diese Unterstützer zum Teil vergrämt. Zum Jahresbeginn wurde der Nationale Kongress für Neue Politik umbenannt in Demokratische Millenniumspartei. Damit sollte ein Neuanfang in der Partei geschaffen werden, der insbesondere jüngeren Kandidaten und Kandidaten verschiedener Bürgerbewegungen mehr Einfluss verschaffen und die vorherrschende regionale Konzentrierung der Partei im Südwesten des Landes (Cholla-Provinz) aufbrechen sollte.

Bis 1999 war auch die Union Liberaler Demokraten unter der Ehrenpräsidentschaft von Kim Jong Pil an der Regierung beteiligt. Die ULD ist eine ultrakonservative Partei mit einer vom Koreakrieg geprägten antikommunistischen Grundhaltung. Der Ehrenpräsident der ULD, Kim Jong Pil, war bereits Anfang der siebziger Jahre Ministerpräsident in der autokratischen Regierung von Park Chung Hee gewesen. Seit dieser Zeit galt sein Streben der Einführung eines Kabinettsystems anstelle des Präsidialsystems. Diese Frage war seit der Gründung Südkoreas ein Streitpunkt der Parteien gewesen. Kim Dae Jung hatte der ULD zunächst die Einführung des Kabinettsystems versprochen, war davon aber später wieder abgerückt. Als Folge davon und um die eigenen Wahlchancen zu erhöhen, trat die ULD Ende 1999 aus der Regierung aus. Im alten Parlament verfügte die ULD über 50 der 299 Sitze.

Die größte Partei im alten (und auch neuen) Parlament war die Große Nationalpartei. Sie war aus der Vereinigung der Parteien des eng mit dem vorherigen Militärregime verbundenen Roh Tae Woo mit den Oppositionskräften unter Kim Young Sam hervorgegangen und vertrat eine gemäßigt bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Linie. Im alten (15.) Parlament verfügte die GNP über 122 Sitze. Daneben gab es noch 29 unabhängige Parlamentsmitglieder. An der Wahl zum 16. Parlament beteiligten sich auch einige kleinere Parteien, die teilweise Absplitterungen der vorgenannten Parteien sind: Dazu gehören die Demokratische Volkspartei, die Neue Koreapartei sowie die Demokratische Arbeiterpartei. Auch zahlreiche unabhängige Kandidaten traten zur Wahl an.

Eine Diskussion der politischen Positionen der südkoreanischen Parteien nach dem Muster europäischer Demokratien, besonders die Einordnung auf einem Rechts-Links-Schema, ist sehr schwierig. Zwei Besonderheiten, der Regionalismus und die politische Patronage durch Führungspersönlichkeiten, machen eine solche Einordnung fast unmöglich. Bereits in der Choson-Dynastie, die von 1392 bis zum Beginn der japanischen Kolonialherrschaft 1910 reichte, war die Politik am koreanischen Königshof durch Cliquenkämpfe von Fraktionen mit regionaler Basis geprägt. Diese Prägung hat sich erhalten und die drei großen koreanischen Parteien verfügen alle

über eine regionale Machtbasis: Im Fall der von Kim Dae Jung geleiteten Neuen Millenniumspartei ist es die Cholla-Provinz im Südwesten des Landes, im Fall der GNP ist es die Kyongsan-Provinz im Südosten und im Fall der etwas kleineren ULD die Chungchong-Provinz in der westlichen Mitte des Landes. Das einwohnerstarke Seoul und die umgebende Kyonggi-Provinz waren dagegen immer zwischen den großen Parteien umstritten. Der Regionalismus führt dazu, dass Parteien bisher praktisch mit jedem Kandidaten die Wahl in ihren Hochburgen gewinnen konnten und dass wegen des Mehrheitswahlrechts (bis auf einen kleinen Teil der Sitze) die Hochburgen fast ausschließlich von Kandidaten einer Partei vertreten wurden. Die starke regionale Stellung der Parteien führte dazu, dass die jeweils herrschende Partei bei der Vergabe der zahlreichen Posten in der Bürokratie (die bis vor einigen Jahren auch wichtige Teile der Wirtschaft, etwa die Staatsbanken, umfasste) und bei der Planung von Infrastrukturprojekten und generell den Staatsausgaben die eigene Region bevorzugte. Da Südkorea weitgehend zentralistisch regiert wird, konnte sich im Gegensatz zu föderalen Staaten keine regionale Identität in Harmonie mit dem Zentralstaat entwickeln. So wurde aus der regionalen Verwurzelung der Parteien ein starker regionaler Antagonismus, der in den Wahlkämpfen regelmäßig zur Mobilisierung der Parteianhänger genutzt wurde.

Daneben spielte auch die politische Patronage durch wichtige Führungspersönlichkeiten eine Rolle, die in der Presse Südkoreas oft mit den Schlagwort von der Ära der „drei Kims“ (Kim Dae Jung, der jetzige Präsident, Kim Young Sam, der letzte Präsident, sowie Kim Jong Pil, der Ministerpräsident bis 1999) beschrieben wurde. Im stark von der konfuzianischen Philosophie geprägten Korea haben Hierarchiebeziehungen und Loyalität (insbesondere in der Familie, zwischen Graduierten derselben Schulen und Hochschulen, zwischen Jüngeren und Älteren) einen hohen Stellenwert. Gegenüber dem Regionalismus und der Patronage spielen politische Ideologien und Standpunkte nur eine untergeordnete Rolle. Zwar gibt es einige wichtige ideologische Themen, etwa die Beurteilung der früheren „Entwicklungs-diktaturen“, die Südkorea in einer nichtdemokrati-

schen Entwicklung von bitterer Armut zu relativem Reichtum geführt haben, oder die Haltung zum Regime in Nordkorea. Aber diese Themen sind meistens nicht mit der Parteimitgliedschaft verbunden. So konnte auch Kim Dae Jung nach seiner mit Hilfe der Gewerkschaften erfolgten Wahl ein Reformprogramm verfolgen, das eindeutig die Marktkräfte in Korea stärkte. Auch die häufige Umbenennung der Parteien und ihre Zweckbündnisse mit kleineren Parteien führen dazu, dass sich die Loyalität der Wähler meist auf bekannte Politiker aus ihrer Region stützt.

Das inhaltlich wichtigste Thema im Wahlkampf war die Wirtschaftspolitik unter Kim Dae Jung. Während alle Parteien die Notwendigkeit von Reformen nach der Asienkrise anerkannten, zeigten sich im Wahlkampf doch unterschiedliche Beurteilungen des bisher Erreichten. Die Regierung verwies auf das hohe Wachstum 1999 von über zehn Prozent und auf die internationale Zustimmung, die das Reformprogramm gewonnen hatte. In der positiven Beurteilung durch den Internationalen Währungsfonds, aber auch in den rasant gewachsenen Direktinvestitionen, die 1999 ein Rekordvolumen von über 15 Milliarden Dollar erreichten, und in dem Zufluss von ausländischem Anlagekapital konnte die Regierung zu Recht ein gutes Urteil über die Reformen ablesen. Um die Popularität der Regierung besonders bei den unteren Einkommensschichten zu erhöhen, änderte die Regierung auch den Namen ihres Reformprogramms von Djnomics zu Djwelfarism, einem Programm, das ein verstärktes Augenmerk auf den in Südkorea unterentwickelten Wohlfahrtsstaat legt.

Die Opposition verwies andererseits auf die noch ungelösten Probleme: Bei der Reform des Privatsektors hatte die Regierung versucht, mit direkten Regierungsinterventionen und durch erzwungene Zusammenschlüsse von Firmen, die Überkapazitäten aufwiesen (sogenannte *big deals*), die Chaebol zu Veränderungen zu zwingen.⁶⁾ Die Opposition bevorzugte demgegenüber einen marktkonformen Weg der Strukturveränderung. Zudem kritisierte die oppositionelle Große Nationalpartei die ausufernde Staatsverschuldung. Während Korea nach westlichen Maßstäben immer noch eine geringe Staatsverschuldung hat, so wies der Staatshaushalt doch 1999 ein Defizit von 4,5 Prozent nach 5,6 Prozent im Jahre 1998 auf.

6) Vgl. Seliger (1999c). Die Chaebol versuchten sich im Wahlkampf dagegen zu wehren, indem sie – in Nachahmung einer Aktion von Bürgerbewegungen – eine Liste derjenigen Politiker veröffentlichten, die pro labor und anti Chaebol seien, und eine Wahlempfehlung für Oppositionskandidaten abgaben, die pro Chaebol waren; vgl. *Korea Herald*, 8.4.2000, S. 1.

Auch in den kommenden Jahren wird ein ähnlich hohes Defizit erwartet.

Die Große Nationalpartei kritisierte zudem die ausländischen Direktinvestitionen, da sie angeblich eine Verschleuderung von koreanischem Besitz an ausländische Investoren darstellte. Hier bediente sich die Opposition populistischer Töne und vernachlässigte die positiven Effekte, die von neuem Management und frischem Kapital für die oft bankrotten Betriebe entstanden.⁷⁾ Zudem ist der Anteil ausländischer Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt mit 7,7 Prozent (1999) immer noch weit geringer als in Singapur (über 80 Prozent) oder Malaysia (knapp 40 Prozent) oder auch in Großbritannien (über 20 Prozent).⁸⁾ Regierung wie Opposition machten während der Wahlkampagne Versprechungen, um die Arbeiterschaft als Wähler zu gewinnen.⁹⁾ Ob diese Versprechungen (wie die Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen 40-Stunden-Woche) tatsächlich gehalten werden, ist fraglich. Allerdings ist die Haltung vieler Wähler gegenüber den Parteien und ihren Versprechungen ohnehin zynisch.

Mehr noch als die inhaltlichen Fragen beschäftigte die Wahlkämpfer eine Reihe von Skandalen. Dazu gehören zunächst die der Regierung angelasteten Skandale um den Kauf teurer Pelzmäntel durch Ministergattinnen während der Asienkrise und um eine angebliche Verschwörung gegen die Gewerkschaften durch Teile der Beamtenchaft. Wichtiger für den Verlauf der Wahlen waren jedoch die Anschuldigungen, die von der Citizen's Alliance for the 2000 General Elections (CAGE) erhoben wurden. CAGE umfasst eine Reihe von Bürgerbewegungen, die sich zusammengefunden haben, um den Verlauf der Wahlkampagne zu beurteilen, und die sich nach der Wahl wieder aufgelöst haben. Die Anschuldigungen betrafen das Verhalten von Politikern in der Vergangenheit, insbesondere die Hinterziehung von Steuern, Korruption sowie die Vermeidung des Wehrdienstes durch Politiker oder ihre Söhne.¹⁰⁾

Die CAGE-Kampagne hatte einen maßgeblichen Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten durch die Parteien und ihre Wahlchancen. In den Medien wurde den Anschuldigungen breiter Raum gewährt. Zum ersten Mal wurde die vor diesen Wahlen fast unbeschränkte Macht der Parteien in ihren Hoch-

7) Dabei war insbesondere der Verkauf von zwei im Verlauf der Krise verstaatlichten Banken, nämlich der Seoul Bank und der Korea First Bank, sowie der Verkauf des bankrotten Autoherstellers Daewoo und Samsung betroffen; vgl. *Korea Herald*, 19. 4. 2000, S. 7.

8) Vgl. Kim (2000), S. 7.

9) Vgl. *Korea Herald*, 21. 3. 2000, S. 2.

10) In Südkorea, das sich immer noch im Kriegszustand mit Nordkorea befindet, ist ein mindestens 24-monatiger Wehrdienst vorgeschrieben. Nur ein Bruchteil der jungen Männer wird als nicht wehrfähig angesehen, bei den Politikern und ihren Söhnen sind es aber fast vierzig Prozent. In vielen Fällen konnte in der Vergangenheit die Bestechung von Militärärzten nachgewiesen werden, um den als hart angesehenen Wehrdienst zu umgehen.

burgen gefährdet. Sowohl die Regierungs- als auch die Große Nationalpartei nahmen die Anschuldigungen relativ ernst und verzichteten auf die Aufstellung besonders umstrittener Kandidaten, während sich die kleinere ULD relativ unbeeindruckt zeigte. Als Antwort auf die Kampagnen der CAGE stellte die nationale Wahlkommission auch eine Kriminalstatistik vor, die Verurteilungen der Kandidaten in der Vergangenheit zum Thema hatte.¹¹⁾

- Zum Schluss des Wahlkampfes konnte die Regierungspartei überraschend mit der Ankündigung eines Gipfeltreffens mit Nordkoreas Führer Kim Jong Il aufwarten. Bisher hatte jeder südkoreanische Präsident versucht, direkten Kontakt mit dem nordkoreanischen Regime aufzunehmen. Insbesondere die Frage der Familienzusammenführung sowie die sicherheitspolitisch instabile Lage auf der Halbinsel standen dabei im Vordergrund. Nachdem 1994 ein von Kim Young Sam mit dem damaligen Führer Kim Il Sung geplantes Treffen am Tod des Letzteren gescheitert war, konnte nach langen Verhandlungen, die in Berlin stattfanden, nun Kim Dae Jung ein Gipfeltreffen für Juni ankündigen. Wohl nicht zu Unrecht vermutete die Opposition darin auch eine indirekte Unterstützung Nordkoreas für Kim Dae Jung, dessen „Sonnenscheinpolitik“ sich von der härteren Haltung der Großen Nationalpartei deutlich abhebt. Wahlentscheidend war diese Ankündigung allerdings nicht, wie ein Blick auf die Ergebnisse im nächsten Kapitel zeigen wird.

■ Die Ergebnisse der Parlamentswahl vom April 2000

Mit diesem Ergebnis hat es die Große Nationalpartei geschafft, ihre Stellung als stärkste Kraft im Parlament zu behaupten – ihr fehlen nur vier Sitze zur absoluten Mehrheit. Andererseits konnte sich die regierende Demokratische Millenniumspartei auf Kosten des ehemaligen Koalitionspartners ULD deutlich verbessern. Allerdings ist sie weiterhin auf einen Koalitionspartner angewiesen und steckt damit in einem Dilemma: Selbst wenn sie mit der ULD wieder eine Koalition eingehen würde, fehlten ihr noch drei Stimmen zur absoluten Mehrheit. Jedoch weigert sich die ULD, die große Verliererin der

Bei den Wahlen zum 16. Parlament wurden folgende Ergebnisse erzielt.

	16. Parlament	Sitze	Anteil in %	Davon direkt gewählt	Verhältniswahl	Sitze
			2000			15. Parlament ¹²⁾
Große Nationalpartei	133	38,96		112	21	122
Demokratische Milleniums-Partei	115	35,87		96	19	98
Union Liberaler Demokraten	17	9,84		12	5	50
Demokratische Volkspartei	2	3,68		1	1	—
Neue Koreapartei	1	0,41		1	—	—
Demokratische Arbeiterpartei	—	1,18		—	—	—
Unabhängige	5	9,39		5	—	29
Gesamt	273	—		227	46	299

■ Tabelle 1: Wahlergebnisse der 16. Parlamentswahl im Vergleich

Quelle: Electoral Training Institute, National Election Commission¹³⁾

14) Vgl. *Korea Herald*, 24. 4. 2000a, S. 2. Zu den Zugeständnissen gehört, dass alle finanziellen Verpflichtungen gegenüber Nordkorea der Zustimmung des Parlaments bedürfen.

Wahl, bisher auch, erneut eine Koalition mit der Regierungspartei einzugehen, nachdem sie erst im letzten Jahr wegen unüberbrückbarer Schwierigkeiten die Koalition aufgekündigt hat. Voraussichtlich wird Präsident Kim Dae Jung stattdessen versuchen, in Zusammenarbeit mit der Großen Nationalpartei von Fall zu Fall eine Mehrheit für seine Politik zu bekommen. Bei ersten Treffen mit dem Oppositionsführer Lee Hoi Chang, der nun auch als natürlicher Kandidat für die Präsidentenwahl in drei Jahren gilt, konnte er bereits Unterstützung für das Gipfeltreffen mit Nordkorea erhalten, musste allerdings auch Zugeständnisse machen.¹⁴⁾

Wenn man die Wahlen genauer analysiert, fällt zunächst die geringe Wahlbeteiligung auf.

I Tabelle 2: Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen

Quelle: Electoral Training Institute

Legislaturperiode	Wahlbeteiligung
1	95,5
2	91,9
3	91,1
4	90,7
5	84,3
6	72,1
7	76,1
8	73,2
9	76,3
10	77,1
11	78,4
12	84,5
13	75,8
14	71,9
15	63,9
16	57,2

Auch wenn die Ergebnisse der verschiedenen Wahlen nicht völlig miteinander vergleichbar sind, da Südkorea bis 1987 meistens autokratisch regiert wurde, lässt sich doch ein deutliches Desinteresse an der Politik erkennen, für das vor allem die zahlreichen Skandale und das negative Ansehen des Parlaments eine Rolle spielen dürften. Es ergibt sich also die Gefahr, dass Südkorea trotz der Geschichte der in den achtziger Jahren mit teilweise großen Opfern erkämpften freien Wahlen zu einer „Demokratie ohne Wähler“ wird.

Eine zweite wichtige Erkenntnis betrifft die regionale Verteilung der Wählerstimmen. Sowohl die regierende Demokratische Millenniumspartei als auch die Große Nationalpartei konnten in ihren Hochburgen fast alle Sitze gewinnen: Die Demokratische Millenniumspartei konnte 25 von 29 Sitzen in der Cholla-Provinz gewinnen, während vier Sitze an Unabhängige gingen, die ehemalige Mitglieder der Regierungspartei sind und möglicherweise zum Teil wieder der Fraktion der Demokratischen Millenniumspartei beitreten. Die Große Nationalpartei konnte 64 von 65 Sitzen in der Kyongsang-Provinz auf sich vereinigen. Der Regionalismus ist damit weiter eine bestimmende Kraft in der südkoreanischen Politik.¹⁵⁾ Überraschend schlecht dagegen war das Abschneiden der Union Liberaler Demokraten in ihrer bisherigen Hochburg, der Chungchong-Provinz, in der sie nur elf der 24 Sitze erhielt.¹⁶⁾ Diese Niederlage lässt sich einerseits durch die Konzentration des Wahlkampfs auf die zwei großen Parteien erklären, aber auch durch die Unzufriedenheit der Wähler mit dem Taktieren der ULD sowie mit der CAGE-Kampagne gegen unfähige Politiker, die etliche der ULD-Politiker betraf. Mit siebzehn Sitzen hat die ULD derzeit keinen Fraktionsstatus im Parlament, für den 20 Sitze erforderlich sind, und hat deshalb viel von seiner Macht eingebüßt. In den anderen Regionen, besonders in der wahlentscheidenden Region Seoul und der Kyonggi-Inchon-Region rund um Seoul, ergab sich ein Vorsprung der Regierungspartei. Ob sich langfristig aus dieser Situation ein Zweiparteiensystem ergibt, kann noch nicht sicher gesagt werden. Allerdings begünstigt das Wahlrecht zumindest ein solches System.

Die CAGE-Kampagne gegen unfähige Politiker hat insgesamt eine große Wirkung entfaltet. Von den von der Bürgerbewegung als korrupt oder unfähig bezeichneten 86 Politikern wurden immerhin 59, d.h. siebzig Prozent, nicht gewählt.¹⁷⁾ Allerdings war die Kampagne besonders in den umkämpften Provinzen wie in Seoul erfolgreich, während die Parteien (mit Ausnahme der ULD) in ihren Hochburgen auch mit umstrittenen Politikern Mehrheiten erzielten. Insgesamt sind 47 Prozent der Abgeordneten neu. Viele der neuen Abgeordneten gehören der sogenannten 386-Generation an, die in den dreißiger

15) Vgl. *Korea Times*, 15. 4. 2000, S. 3.

16) Vgl. *Korea Herald*, 15. 4. 2000a, S. 2.

17) Vgl. *Korea Herald*, 15. 4. 2000b, S. 2.

18) Vgl. *Korea Herald*, 20.4.2000a, S. 7.

19) Vgl. *Korea Herald*, 14.4.2000, S. 2. Parlamentsabgeordnete verlieren ihren Sitz, wenn sie wegen Verletzungen des Wahlrechts mit mehr als einer Million Won (etwa 900 US-Dollar) bestraft werden oder wenn Wahlkampfmanager oder Familienmitglieder des Abgeordneten wegen einer Verletzung des Wahlrechts mit Gefängnisstrafen belegt werden. Die meisten Verletzungen betreffen finanzielle Aspekte des Wahlgesetzes. Im letzten Parlament verloren immerhin sieben Abgeordnete ihren Sitz.

Lebensjahren ist, in den sechziger Jahren geboren wurde und in den achtziger Jahren die Universität absolvierte. Von diesem Generationenwechsel wird ein Ende der „Ära der drei Kims“ und ein demokratischer Politikstil erwartet.¹⁸⁾ In der männlich dominierten konfuzianischen Gesellschaft sind Frauen in der Politik weiterhin relativ selten: Ihr Anteil an den Abgeordneten beträgt 16 Sitze oder 5,86 Prozent, was allerdings gegenüber der letzten Parlamentswahl fast eine Verdopplung darstellt.

Bevor die neuen Abgeordneten zur konstituierenden Parlamentssitzung zusammenkommen, muss sich die Nationale Wahlkommission noch mit über 2800 Fällen von Verletzungen des Wahlgesetzes befassen. Gegenüber der letzten Parlamentswahl bedeutet das fast eine Vervierfachung, wobei dazu sicher auch die erhöhte Aufmerksamkeit durch die Bürgerbewegung beigetragen hat. Bis zu 15 Kandidaten der Parteien können theoretisch noch ihre Sitze verlieren, was bei den knappen Mehrheitsverhältnissen große Auswirkungen haben könnte.¹⁹⁾

■ **Schlussfolgerungen – Auswirkungen der Wahl auf die Politik Südkoreas**

Die Auswirkungen der Wahl auf die Politik Südkoreas, insbesondere auf die anfangs genannten drei großen Herausforderungen Demokratisierung, Wirtschaftsreformen und Wiedervereinigungspolitik, hängen von den nach der Wahl getroffenen Vereinbarungen der Parteien ab. Bisher gibt es nur eine Rahmenvereinbarung des Präsidenten Kim Dae Jung mit dem Oppositionsführer Lee Hoi Chang, die eine Normalisierung der Beziehungen von Parlament und Präsident beschwört. In der Vergangenheit war es häufiger zur Lähmung des Parlaments und gegenseitigen Blockadevorwürfen gekommen. Die Konzentration auf zwei Parteien im Parlament kann den Vorteil haben, dass beide Parteien klare politische Alternativen entwickeln müssen und dass die Regierung besser von der Parlamentsmehrheit kontrolliert werden kann.

Die Wirtschaftsreformen in Südkorea werden durch den Sieg der Großen Nationalpartei eher erschwert: Bereits jetzt hat sie angekündigt, die bisherige harte Politik gegenüber den Chaebol nicht

mitzutragen.²⁰⁾ Während die Durchführung dieser Politik wegen der häufigen Regierungsinterventionen durchaus kritikwürdig ist, könnte ein Streit zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit zu einer weiteren Verschleppung der Reformen führen. Auch im Finanzsektor könnte die Reform eher schwieriger werden. Sowohl Regierung als auch Parlamentsmehrheit haben weitere finanzielle Hilfen für die angeschlagenen Investmentfirmen (insbesondere Korea Investment Trust und Daehan Investment Trust) angekündigt.²¹⁾ Ob diese Hilfen allerdings wirklich die Strukturprobleme des Finanzsektors lösen, ist fraglich. Insbesondere, wenn die Große Nationalpartei versucht, ausländische Direktinvestitionen zu erschweren, könnte die Reform scheitern und die noch fragile Erholung der koreanischen Wirtschaft gefährdet sein. Positiv könnte sich der Einfluss der Großen Nationalpartei auf die Wirtschaftspolitik äußern, wenn sie es schaffte, im Parlament die steigende Staatsverschuldung Südkoreas zu begrenzen.

Auch die Nordkorea-Politik der Regierung dürfte sich zumindest teilweise verändern. Die Einleitung von Wirtschaftsbeziehungen durch den Hyundai-Konzern sowie die positive Grundhaltung von Präsident Kim Dae Jung waren stets auf das Misstrauen der Großen Nationalpartei gestoßen. Während die Wiedervereinigung selber und alle dahin führenden Schritte ein Ziel aller koreanischer Parteien ist, werden dennoch die Absichten der nordkoreanischen Führung unterschiedlich beurteilt. Die vorsichtige Haltung der Großen Nationalpartei gegenüber Nordkorea, das aktiv an einem Raketenprogramm arbeitet und im letzten Jahr noch Seegefechte mit südkoreanischen Truppen auslöste, wird insbesondere innenpolitische Folgen haben: Eine Aufgabe des Nationalen Sicherheitsgesetzes, wie es Nordkorea seit Jahren fordert, ist mit der Großen Nationalpartei kaum vorstellbar.²²⁾

Südkorea hat in der bisherigen Regierungszeit Kim Dae Jungs einige wichtige Reformen durchgesetzt. Dennoch bleiben wichtige Aufgaben unerledigt: Die Chaebol- und Finanzreform und die steigende Staatsverschuldung stehen an vorderster Stelle. Das ordnungspolitische Denken ist in Südkorea immer noch stark vom lenkenden Staat bestimmt. Dazu drohen Gefahren von der steigenden Inflation,

20) Vgl. *Korea Herald*, 24. 4. 2000b, S. 2.

21) Vgl. *Korea Herald*, 20. 4. 2000b, S. 1.

22) Das Sicherheitsgesetz soll die Infiltration Südkoreas durch den Norden verhindern. In der Vergangenheit war es immer wieder zu teilweise aufsehenerregenden Spionageprozessen gekommen. Andererseits wurde das Sicherheitsgesetz in der Zeit der Militärherrschaft willkürlich zur Einschüchterung der Opposition benutzt.

besonders durch die Rekordlohnforderungen der Gewerkschaften. In diesem Jahr sind auch die Importe weitaus schneller gewachsen als die Exporte. Die Aufwertungstendenz des Won verschärft dieses Problem. Ohne eine gesunde Wirtschaft kann aber auch das koreanische Ziel einer Wiedervereinigung nicht erreicht werden. Die Parlamentswahlen mit ihrem Zwang zur *Cohabitation* von Präsident und Parlamentsmehrheit konnten dazu beitragen, dass Südkorea sich weiter demokratisiert und die nötigen Reformen von einer breiten Mehrheit getragen werden. Ein Stillstand aufgrund der Parlamentswahlen würde jedenfalls große Probleme für das bisher wirtschaftlich so erfolgreiche Südkorea aufwerfen und auch die Demokratie in den Augen der Wähler diskreditieren.

■ **Literatur:**

Kim, Wan Soon, „FDI takes political platform in local elections“, Ombudsman's diary (15), *Korea Herald*, 12. 4. 2000, S. 7.

Korea Herald, „GNP promises 40-hour work week, more protection for Unemployed“, 21. 3. 2000, S. 2.

Korea Herald, „Election panel to place criminal records online“, 31. 3. 2000, S. 1.

Korea Herald, „Parties spend time mudslinging as policy debates all but Vanish“, 6. 4. 2000, S. 1.

Korea Herald, „24 hopefuls listed unfriendly by chaebol“, 8. 4. 2000, S. 1.

Korea Herald, „ULD suffers humiliating election defeat“, 15. 4. 2000a, S. 2.

Korea Herald, „Although far from a clean sweep, CAGE celebrates campaign Results“, 15. 4. 2000b, S. 2.

Korea Herald, „Planned sales of Daewoo, Samsung automakers face more Obstacles“, 19. 4. 2000, S. 7.

Korea Herald, „Election results mark end of three Kims' era, analysts say“, 20. 4. 2000a, S. 7.

Korea Herald, „Seoul rethinks stand to curtail spending on financial Reform“, 20. 4. 2000b, S. 1.

Korea Herald, „Campaign violations likely to rock post-electoral landscape“, 24. 4. 2000, S. 2.

Korea Herald, „Kim, Lee to declare bipartisan support for summit, pledge to restore party relations“, 24. 4. 2000a, S. 2.

Korea Herald, „Parties clash over chaebol reform“, 24. 4. 2000b, S.2.

Korea Times, „Deepening Regionalism Urgent Problem“, 15. 4. 2000, S. 3.

Korea Times, „49.1. Pct of Foreigners in Korea Say ROK Democracy Has Not Matured: Survey“, 20. 4. 2000, S. 1.

Seliger, B., *DJnomics – Ordnungspolitische Entwicklungen in der Republik Korea seit der Asienkrise*, Konrad-Adenauer-Stiftung, KAS-Schriftenreihe, Occasional Papers No. 7, Seoul 1999a.

Seliger, B., „Südkorea: Konzentration und Kooperation als Krisenursachen“, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 79 (1/1999b), S. 62-66.

Seliger, B., „‘Big Deals’ – Wettbewerbspolitik als Antwort auf die Krise in Südkorea“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb*, Vol. 49, 1999c, No. 6, S. 574-581.

Yonhap News Agency, *Korea Annual 1998*, 35th ed., Seoul 1998.

Adresse des Autors: Graduate School of International Area Studies, Hankuk University of Foreign Studies, 270, Imun-Dong, Dongdaemun-gu, 130 791 Seoul, Republic of Korea, e-mail: seliger@maincc.hufs.ac.kr